

Titel Ansätze einer geopolitischen und internationalistischen
Chinastrategie

Antragsteller*innen Jusos Oberbayern

Adressat*innen

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Ansätze einer geopolitischen und internationalistischen Chinastrategie

1 Grundsätzlich gilt: Hinter den außenpolitischen Anstrengungen Chinas stehen die Interessen der kommunistischen Partei. Diese sind auf das Erlangen von Macht und Einfluss ausgelegt. Beispielhaft sind dafür die milliardenschweren Investitionen in afrikanische Staaten und das Voranbringen des Projektes der „Neuen Seidenstraße“, ein umfangreiches Infrastrukturprojekt, das – nach Chinas Willen – Asien und Europa auf dem Land- und Wasserweg zu verbinden. Doch auch in Europa baut China seinen Einfluss rapide aus. Ein Beispiel: der griechische Hafen Piräus, den vor Kurzem eine chinesische Reederei kaufte.

7 1. Menschenrechte und die CCP

8 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat die Volksrepublik zwar unterzeichnet, doch seit ihres Inkrafttretens werden diese Menschenrechte der Bevölkerung vorenthalten. Die Inkompatibilität des Wertesystems der CCP mit diesen grundsätzlichen Rechten, lässt sich an Zitaten Maos illustrieren. Z.B. schreibt er: „Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die Gefahr der Ultra-Demokratie in der Tatsache liegt, dass sie die Parteiorganisation beschädigt oder sogar vollständig zerstört [...]. Als nächstes sollte darauf hingewiesen werden, dass die Quelle der UltraDemokratie in der individualistischen Abneigung des Kleinbürgertums gegen Disziplin besteht. [...] Diese Ideen sind mit den Kampfaufgaben des Proletariats völlig unvereinbar.“

15 Das System Chinas besteht heute auf der Alleinregierung der Kommunistischen Partei, die nicht nur alle Bereiche des politischen Systems, sondern auch in das Gesellschaftsleben eindringt und eingreift.

17 Die Menschenrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und auf Freiheit der Berufswahl sind nicht gewährleistet, werden systematisch verletzt und eingeschränkt.

20 Mit der CCP ist keine Demokratie machbar, sie ist deshalb mit unseren Vorstellungen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft unvereinbar.

22 Gleichzeitig heißt das aber, dass sich unser Misstrauen auf die Politik der chinesischen Führung und keinesfalls auf Chines*innen bezieht.

24 Wir fordern daher die Bundesrepublik und die EU in diesem Beschluss zu einer Liste an Maßnahmen auf, um gegenüber der China und der chinesischen Regierung die Einhaltung der Menschenrechte für alle in China lebenden Menschen zu erreichen und auf eine demokratische Entwicklung in China hinzuwirken.

27 *Die Lage in Xinjiang*

28 Die chinesische Regierung hat mehr als eine Million Uiguren und andere muslimische ethnische und religiöse Minderheiten in Xinjiang in Umerziehungslagern interniert, mit dem Ziel der vollständigen Kontrolle der Bevölkerung. Diese Repressionen steigerten sich 2017 erheblich. Auch wird angenommen, dass dies die größte Internierung religiöser Minderheiten seit dem Zweiten Weltkrieg ist. Inhaftiert ohne Anklage oder Gerichtsverfahren werden Häftlinge festgehalten und können mit ihren Angehörigen nicht kommunizieren.

33 Sie unterliegen dem, was die chinesische Regierung „Umerziehung“ und „Berufsausbildung“ nennt. Dazu ge-
34 hören intensive Mandarin-Kurse, in denen die CCP gelobt wird.

35 Ziel der Regierung ist es, diese Minderheitengruppen zu säkularisieren, in der Überzeugung, dass dies die
36 Loyalität gegenüber dem Regime stärken und die Stabilität in der Region steigern wird. Aus Chinas Sicht sind
37 „Umerziehung“ und Inhaftierung in dieser Größenordnung durch Bedenken der Regierung hinsichtlich reli-
38 giösem Extremismus und nationaler Sicherheit gerechtfertigt, insbesondere angesichts der regelmäßigen Un-
39 ruhen in Xinjiang in der Vergangenheit. Die Einhaltung der Menschenrechte darf aber niemals aufgrund von
40 Souveränitäts-Interessen des chinesischen Staates infrage gestellt werden, ob vorgeschoben oder auf Tatsa-
41 chen beruhend. Die „Umerziehung“ erfolgt unter Zwang. Inhaftierte werden manchmal gefoltert und gefesselt
42 für Fehler in den „Klassen“ oder für die Ausübung ihrer Religion oder Kultur.

43 Inhaftiert werden kann man wegen Bartwuchses, internationaler Reisen, WhatsApp-Nutzung oder ohne be-
44 kannten Grund. Diese Inhaftierungen verbinden sich mit einem beispiellosen und ein allgegenwärtigen Über-
45 wachungssystem, das auch das Leben der Minderheiten durchdringt, die nicht inhaftiert sind. Aus Regierungs-
46 dokumenten und Interviews mit Ex-Häftlingen geht hervor, dass Zwangsarbeit zunehmend ein wesentlicher
47 Bestandteil der Bemühungen der Regierung ist, um muslimische Minderheiten umzuerziehen und ihre Kultur
48 und Religion auszulöschen. Ziel der Regierung ist es, durch die Kombination von Indoktrination und Zwangs-
49 arbeit Menschen aus Minderheitsgruppen der Mehrheitsgesellschaft von Han-Chines*innen ähnlicher zu ma-
50 chen.

51 Während Zwangsarbeit immer abscheulich ist, ist es ihr Einsatz als Teil einer konzertierten Aktion zur Besei-
52 tigung einer Kultur und Religion, was der Situation in Xinjiang besondere Schwere gibt. Die Zwangsarbeit in
53 Xinjiang ähnelt nicht dem gängigen Muster und ist auch nicht vergleichbar mit dem saisonalen Einsatz von
54 Zwangsarbeit für die Baumwollernte durch ehemalige

55 Sowjetrepubliken wie Usbekistan und Turkmenistan. Chinas Politik in Xinjiang, einschließlich Zwangsarbeit, ist
56 vielmehr auf eine Weise gegen diese Minderheitengruppen gerichtet, die an den Zweiten Weltkrieg oder die
57 Apartheid erinnern, wobei es offensichtliche Unterschiede gibt.

58 Angeblich versucht China, die Geburtenrate in der unterdrückten Region durch Schwangerschaftskontrollen,
59 erzwungene Verhütung, Zwangssterilisation und sogar Abtreibung für Hunderttausende von Frauen zu sen-
60 ken. Uigurischen Frauen drohen Massenverhaftungen und hohe Geldstrafen, wobei viele Frauen wegen des
61 Verbrechens, mehr als zwei Kinder zu haben, inhaftiert werden.

62 Mit großer Wahrscheinlichkeit sind die Vorkommnisse in Xinjiang Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die
63 Internationale Rechtsprechung definiert mehrere Merkmale von Verbrechen gegen die Menschlichkeit: a) Ein
64 weit verbreiteter oder systematischer Angriff; b) Der Angriff muss gegen die Zivilbevölkerung erfolgen. c) Der
65 Angriff muss aus diskriminierenden Gründen motiviert sein, nämlich: nationale, ethnische, rassische, religiöse
66 und politische Gründe. Zwangsarbeit wird als potenzielles Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgezählt,
67 wenn sie Teil eines solchen Angriffs auf die Menschenrechte ist. Die systematische Regierungspolitik eine große
68 Anzahl von Personen festzuhalten und zu missbrauchen trifft wahrscheinlich beide Kriterien. Sie basiert auf
69 diskriminierenden Gründen, da sie auf ethnische Minderheiten gerichtet ist, die auch religiöse Minderheiten
70 sind. Einige behaupten, der Angriff auf Minderheiten in Xinjiang sei eine Form des Völkermords. Diese Aussage
71 erfordert eine weitere rechtliche Bewertung.

72 Xinjiang produzierte 2018 84 Prozent von Chinas Baumwolle und die Produktion steigt aufgrund staatlicher
73 Subventionen. Dabei exportiert China weniger als ein Prozent seiner Baumwolle, was darauf hinweist dass
74 die überwiegende Mehrheit intern konsumiert wird, auch für die Herstellung von Textilien und Bekleidung.
75 Derzeit sind 43 Prozent der Xinjiang-Exporte Bekleidung, Schuhe oder Textilien, wobei die meisten fertigen
76 Produkte nach Zentralasien gesandt werden. Diese Wachstumsbranche ist besonders besorgniserregend, weil
77 Baumwoll-, Bekleidungs- und Textilherstellung in Xinjiang zunehmend auf Zwangsarbeit basieren.

78 Es wird angenommen, dass mehr als die Hälfte der in China hergestellten Baumwolle, Garn, und Textilien
79 von der eigenen Bekleidungsindustrie in fertige Produkte überführt werden. Dies bedeutet, es gibt eine ho-
80 he Wahrscheinlichkeit, dass Baumwoll Kleidung oder Textilien aus China tatsächlich Baumwollprodukte aus
81 Xinjiang enthalten.

82 US-Amerikanische und europäische Unternehmen beziehen bedeutende Mengen an Kleidung aus China. Zum
83 Beispiel liefert China 33,7 Prozent der Kleidung, die in die USA gelangt. Damit ist es der größte Exporteur von

84 Bekleidung auf den US-amerikanischen Markt. Nur ein kleiner Prozentsatz dieser Lieferungen kam direkt aus
85 dem Binnenland Xinjiang, aber viel mehr davon kann chinesische Baumwolle und Textilien enthalten haben,
86 die aus Xinjiangs Zwangsarbeit entstanden sind.

87 Unsere Politik gegenüber Xinjiang sollte auf ein Ende der Massenhaft, Unterdrückung und

88 Überwachung von Minderheiten abzielen. Zwangsarbeit ist nur ein Aspekt dieses repressiven

89 Systems. Das Problem in Xinjiang kann nicht rein gelöst werden, indem westlichen Unternehmen Beschaf-
90 fungsanforderungen auferlegt werden. Dies sollte ein Element einer viel breiteren und robusteren Politik ge-
91 gen den Missbrauch in Xinjiang sein.

92 1. B. einer effektivere Kooperation mit der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, damit diese zu-
93 mindest aufhört öffentlich Unterstützung für Chinas Behandlung seiner muslimische Minderheiten aus-
94 zusprechen. Dennoch ist die Identifikation und Sanktion beteiligter

95 chinesischer Unternehmen ein wichtiger Hebel. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn diese Unternehmen
96 später Druck auf die chinesische Regierung aufbauen ihre abscheulichen Praktiken zu beenden.

97 In den Jahrzehnten seit Aufkommen der sogenannten wirtschaftlichen Sozialverantwortung (corporare social
98 responsibility), haben Unternehmen ausgeklügeltere Systeme entwickelt, um menschenrechtliche Risiken zu
99 managen. Daher ist ihr Spielraum, um auf schwerwiegende Missbräuche in ihren Lieferketten zu reagieren,
100 nicht unerheblich.

101 Daher fordern wir:

102 Ein Einfuhrverbot in die EU für Baumwollprodukte, von denen bekannt ist, dass sie aus Xinjiang stammen. Bei
103 der Ausgestaltung der Regelung könnte man sich am bereits bestehenden, privatwirtschaftlichen Industrie-
104 Boykott usbekischer Baumwolle durch etwa 300 Unternehmen orientieren. Falls ein Importverbot auf EU-
105 Ebene nicht durchsetzbar ist, fordern wir in jedem Fall eine nationale Haftung deutscher Unternehmen für
106 Verarbeitung von Baumwollprodukten aus

107 Xinjiang, die unter Missachtung von Menschenrechten produziert wurden. Eine

108 Regelungsmöglichkeit hierfür sehen wir Rahmen des aktuell geplanten Lieferkettengesetzes. Bei Baumwolle
109 aus Xinjiang muss die Beweislast bei den deutschen Unternehmen liegen, dass diese unter Einhaltung von
110 Menschenrechten produziert wurden. Können die Unternehmen dies nicht zweifelsfrei belegen, haften sie für
111 die Menschenrechtsverstöße.

112 Unterstützung der Entwicklung neuer Methoden zur Überprüfung der Lieferketten: Dies könnte neue Techno-
113 logien wie die Identifizierung von DNA-Merkmalen oder das Einnähen von Mikrochips in das Etikett umfassen,
114 die feststellen lassen, ob ein Baumwollprodukt Xinjiang-Baumwolle enthält, um so die Behauptungen der Lie-
115 feranten überprüfen zu können.

116 EU-Staaten sowie die EU selbst wirken auf eine umfassende Aufklärung der vermuteten Schwangerschaftskon-
117 trollen, erzwungenen Verhütungen, Zwangssterilisationen und Abtreibungen hunderttausender chinesischer
118 Frauen mit mehr als zwei Kindern ein.

119 *Die Lage in Hong Kong*

120 Die Entscheidung Pekings, ein nationales Sicherheitsgesetz zu verabschieden, das die Legislative

121 Hongkongs umgehen würde, um eventuell drakonische Einschränkungen der Freiheiten der

122 Bürger*innen Hongkongs zu verhängen, stellt die internationale Gemeinschaft vor schwierige Entscheidun-
123 gen. Der Angriff auf die Autonomie Hongkongs schafft die Voraussetzungen für ein hartes Durchgreifen der
124 chinesischen Regierung, das mit Pekings vertraglichem Versprechen „ein Land, zwei Systeme“ brechen und
125 eine Welle der Unsicherheit in ganz Asien auslösen könnte. Die

126 Rücknahme des Sonderstatus Hongkongs oder die Verhängung von Sanktionen birgt jedoch die Gefahr, den
127 Menschen in Hongkong zu schaden, ohne notwendigerweise die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass Peking
128 seinen Kurs ändert oder hohe politische Kosten davonträgt.

129 Es ist auszuschließen, dass wir Peking dazu zwingen können, die Gesetzgebung zurückzunehmen. Die konkrete
130 Umsetzung ist jedoch nach wie vor offen, und es ist wahrscheinlich, dass die internationale Gemeinschaft hier
131 noch Druck ausüben könnte, auch indem sie sich die Option für dramatischere Schritte offen hält.

132 Auch wenn gerade keine sofortigen drakonischen Maßnahmen in Hongkong erfolgen, können wir sicher sein,
133 dass die Zahl der Auslieferungen und der Druck auf Parlament und Presse stetig zunehmen werden.

134 Wir müssen die Hongkong-Frage so weit wie möglich internationalisieren, unsere Bemühungen mit denen
135 unserer Verbündeten abstimmen und dabei tonangebend bleiben und unsere Partner zu einer höheren Risi-
136 kotoleranz ermutigen.

137 Wir sollten uns für eine EU-Gesetzgebung einsetzen, die die Ernennung eines*einer

138 Sondergesandten*in für Hongkong vorschreibt, der*die dafür verantwortlich ist, die internationale Aufmerk-
139 samkeit für dieses Thema aufrechtzuerhalten und eine Gesetzgebung und Politik zu fördern, die dem Rückga-
140 bevertrags Hong Kongs im Bezug auf Menschenrechte und Demokratie entspricht.

141 Wir sollten uns auf die Durchführung gezielter Sanktionen vorbereiten und dabei mögliche Vergeltungsmaß-
142 nahmen gegen EU-Firmen bedenken.

143 Die Kommission und der Rat sollten sich mit Wirtschaftsvertreter*innen, Landwirtschaftsgruppen und EU-
144 Abgeordneten beraten, um Gegenmaßnahmen vorzubereiten und Peking damit unsere Ernsthaftigkeit zu de-
145 monstrieren.

146 Der EU-Staaten sollten koordiniert Notfallpläne für den Abzug von EU-Bürger*innen aus Hongkong vorzube-
147 reiten, für den Fall einer sich verschlechternden Sicherheitslage.

148 Die EU-Staaten sollte den Bürger*innen Hong Kongs neben Asyl die Möglichkeit der Einbürgerung eröff-
149 nen.

150 **3. Die neue Seidenstraße und geopolitische Überlegungen**

151 Die "Transpazifische Partnerschaft" war ein 2016 unterzeichnetes Handelsabkommen der USA,

152 Kanada, Mexiko, Japan, Malaysia, Vietnam, Peru, Australien, Chile, Neuseeland, Brunei und

153 Singapur, welches den Binnenmarkt im Pazifikraum stärken sollte. Es wurde von der Obama

154 Regierung explizit als eine Verhinderung der Einflussnahme Chinas in diesem Gebiet bzw. diesen

155 Ländern gesehen. Teile des Abkommens wurden von Globalisierungsgegner*innen,

156 Umweltschützer*innen und Populist*innen kritisch gesehen, weswegen die Beliebtheit des Abkommens ab-
157 nahm und der Ausstieg daraus im Präsidentschaftswahlkampf 2016 ersichtlich wurde, weil sowohl Hillary Clin-
158 ton als auch Donald Trump das Abkommen ablehnten. Die "Belt and Road Initiative" war die Reaktion Chinas
159 auf die Verhandlungen zum TPP[6].

160 Wie von der Obama Regierung vorhergesehen, versuchte China ebenfalls geopolitisch Einfluss auf die Region
161 zu nehmen. Nach dem Ausstieg der Trump Regierung aus der TPP im Januar 2017 blieb die "Belt and Road In-
162 itiative" bestehen. China hat für Projekte in Verbindung mit dieser Initiative bereits \$200 Milliarden ausgegeben
163 und plant bis 2027 insgesamt \$1,2 – \$1,3 Billionen zu investieren[7].

164 Die Gefahr, die vor allem von bei Investitionen Chinas in Infrastrukturprojekte in anderen Ländern gegeben ist,
165 ist dass die Länder zahlungsunfähig werden und China die Kontrolle übernimmt, wie dies zum Beispiel beim
166 Magapura Mahinda Rajapaksa Port in Sri Lanka der Fall war. Dort hat nun China 99 Jahre die Kontrolle im
167 Zuge einer Restrukturierung des Kredits.

168 Für eine deutsche bzw. europäische Position muss das ein Warnsignal sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass
169 China mit seinem oft fragwürdigen Verständnis von Handelspolitik und

170 Entwicklungszusammenarbeit die Region dominiert. Trotz – oder gerade wegen – unserer Ziele im Umwelt-
171 schutz und bei Arbeits- und Menschenrechten müssen wir eine progressive Handelspolitik entwickeln, die eine
172 echte Alternative zu Chinas wirtschaftspolitischer Machtstrategie darstellt. Dabei müssen wir stets kritisch re-
173 flektieren, dass die deutsche und europäische Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit in der Vergan-
174 genheit oft auf ausbeuterischen und kolonialistischen Motiven beruhen. Diese Gefahr ist keineswegs gebannt.

175 Tatsächlich basieren auch die heutigen Verträge zum einen auf wirtschaftlichen Eigeninteressen europäischer
176 Unternehmen und zum anderen auf unhaltbaren Theoriemodellen. Hierzu müssen wir eine nachhaltige und
177 glaubwürdige Abgrenzung vornehmen und eine eigene, progressive Handels- und Entwicklungstheorie erar-
178 beiten. Ansätze hierfür finden sich bereits bei manchen pluralen Ökonom*innen sowie bestimmten ökonomi-
179 schen Netzwerken. Diese Ansätze müssen wir aufgreifen und mit deren Unterstützung schnell und kraftvoll
180 weiterentwickeln. Denn die EU darf auf der einen Seite der chinesischen Machtexpansion in der Region nicht
181 zuschauen, bietet aber durch Schnellschüsse selbst keine bessere Alternative für den Südpazifikraum.

182 China übt auch über andere Mittel geopolitischen Druck aus. Besonders jetzt in der COVID-19

183 Pandemie wird deutlich, wie viel Einfluss China auf die WHO hat. Der Beobachter*innenstatus Taiwans von
184 2009-2016 endete durch Druck von China, weil die Wahl von Tsai Ing-wen zur Präsidentin Taiwans eine Abkehr
185 vom Konsens von 1992 bedeute.

186 In den Augen von Xi Jinping stellt der Konsens ein Bekenntnis zur "Ein-China-Politik" dar und das Ziel müsse
187 die Vereinigung Taiwans und Chinas zu einem Land sein.

188 Der Einfluss Chinas auf die WHO manifestierte sich vor allem in der Generaldirektor*innenwahl 2017. Der
189 damalige Kandidat und jetzige Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus wurde vor allem durch die Un-
190 terstützung der AU und Chinas gewählt. In der Rede von Herrmann Gröhe, des damaligen Bundesgesund-
191 heitsministers, wurde betont, dass "Deutschland es bedauert, dass es in diesem Jahr nicht möglich war alle
192 Beobachter, welche in den letzten Jahren teilgenommen hatten, wieder einzuladen." (Eigene Übersetzung).
193 Damit hätte man sich nicht zufrieden geben dürfen.

194 Deutschland bzw. Europa muss seinen Einfluss auf die WHO nutzen um den Beobachterstatus von Taiwan
195 wiederherzustellen. Gegebenenfalls muss Deutschland bzw. Europa bei der nächsten Wahl

196 des*der Generaldirektor*in 2022 den Beobachterstatus Taiwans als Bedingung für die Unterstützung eines*ei-
197 ner Kandidat*in haben.

198 **4. Südostasien und internationale Institutionen**

199 *Südostasien*

200 Südostasien[13] ist eine dynamische Region mit mehr als 650 Millionen Einwohnern, die sich im strategischen
201 Zentrum des Indopazifikraums befindet. Bis vor kurzem besaß sie auch eine schnell wachsende Wirtschaft im
202 Wert von 3 Billionen Dollar.

203 In den letzten Jahren haben zahlreiche externe Mächte ihr Engagement in der Region verstärkt, einschließlich
204 der Vereinigten Staaten und China, die nun offen und aggressiv um Einfluss konkurrieren. Unterdessen ist die
205 Region selbst politisch und wirtschaftliche über den Verband der südostasiatischen Nationen

206 (ASEAN) integriert, der für den asiatisch-pazifischen Regionalismus von zentraler Bedeutung geworden ist.
207 Grob gesagt, Südostasien ist zu einer globalen Austragungstätte einer Vielzahl von normativen Fragen ge-
208 worden, darunter die Zukunft der Demokratie in der Region.

209 Die Machtdynamik wird durch das Auftreten Japans, Indiens und Indonesien als eigenständige, mächtige Ak-
210 teure, noch komplizierter, was ein strategisches Umfeld entstehen lässt, das in Zukunft wahrscheinlich noch
211 fließender und komplexer werden wird.

212 Da die Region ASEAN als ihr priorisiertes Instrument für kollektives Handeln begreift, sollte die

213 EU mit dem Verband eine strategische Partnerschaft auf der Basis der Selbstbestimmung, Achtung internatio-
214 naler Normen und Verwirklichung unveräußerlicher Menschenrechte schließen.

215 Die EU sollte durch Kooperation mit ASEAN den Austausch von Schüler*innen, Auszubildende und Studierende
216 verstärken und entsprechend fördern.

217 *Internationale Institutionen*

218 Gerade wird die Rolle der Vereinten Nationen im internationalen System debattiert. Die Vereinten

219 Nationen stehen wegen ihrer wahrgenommenen Ineffizienz und Passivität, undurchsichtigen

220 Prozesse und mangelnde Rechenschaftspflicht in der Kritik. Wir sollten uns jedoch nicht von der Organisation
221 distanzieren, sondern auf positive Reformen drängen und die Vereinten Nationen als zur Durchführung der
222 europäischer Außenpolitik nutzen.

223 China leitet derzeit vier große UN-Organisationen. In der Internationalen

224 Zivilluftfahrtorganisation der UN (ICAO), die über globale Flugrouten entscheidet und darüber, wer welchen
225 Luftraum kontrolliert, hat auch China den Spitzenplatz inne. China

226 führte 2019 eine sehr effektive Kampagne durch, um die Vorsitz bei der Ernährungs- und Landwirtschafts-
227 organisation der Vereinten Nationen (FAO) zu erlangen. China hat auch die Vorsitz in der Internationalen Fern-
228 meldeunion der UN inne, die

229 die internationale Konnektivität in Kommunikationsnetzen und die industrielle Entwicklung der UN Organisa-
230 tion sowie die industrielle Entwicklung zur Armutsbekämpfung und integrativen

231 Globalisierung fördert. Im Gegensatz dazu bekleiden die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und
232 Frankreich zusammen die gleiche Anzahl von Vorsitzen in UN-Sonderorganisationen.

233 Von 2021-2022 wird es 15 Wahlen für die Leiter der UN-Sonderorganisationen und fünf für die Leiter der
234 wichtigsten UN-Organisationen geben. Die EU und ihre demokratischen Verbündeten, sollten nach Möglich-
235 keit gemeinsame Kandidierende nominieren. Denn angesichts des weltweit zunehmenden Autoritarismus und
236 Populismus können die EU-Staaten und ihre demokratischen Verbündeten es nicht riskieren, ein Machtvaku-
237 um zu schaffen, das Länder wie China füllen und stärkeren Einfluss auf fragile Länder und Entwicklungsländer
238 ausüben können.

239 Ausblick

240 Das nachhaltige Ziel unserer Chinapolitik sollte eine Integration der Volksrepublik in die auf internationalem
241 Recht und unveräußerlichen Menschenrechten fußende globale Ordnung sein. Die letzten beiden Jahrzehnte
242 haben gezeigt, dass dies zumindest für die aktuelle Generation chinesischer Autokrat*innen keine Option ist.
243 Ihr innenpolitisches Ziel ist die Weiterführung und Verschärfung der repressiven Ordnung, was mit einem
244 immer selbstbewusster vertretenem außenpolitischen Hegemonialanspruch verbunden ist.

245 Wer Menschenrechten universelle Geltung einräumen will, kann vor den Folgen für die chinesische Bevölke-
246 rung und der weiteren Regionen nicht die Augen verschließen. Mittelfristig ist daher jeder Verstoß Pekings
247 gegen internationale Normen, wenn möglich, mit empfindlichen Kosten für das Regime zu versehen, um so
248 Anreize für einen menschenrechtskonformen Regierungsstil zu setzen. Die freiwillige Achtung der Menschen-
249 rechte kann langfristig nur von einer etwaigen, liberalen zukünftigen Führung erwartet werden, die auch nur
250 wenig denkbar Teil der CCP sein könnte.

251 Forderungen:

252 Grundsätzlich gilt: Hinter den außenpolitischen Anstrengungen Chinas stehen die Interessen der kommunistischen Partei. Diese sind auf das Erlangen von Macht und Einfluss ausgelegt. Deshalb muss im Umgang mit
253 China ein gesundes Misstrauen herrschen.
254

255 Ein Einfuhrverbot in die EU für Baumwollprodukte, von denen bekannt ist, dass sie aus Xinjiang stammen. Bei
256 der Ausgestaltung der Regelung könnte man sich am bereits bestehenden, privatwirtschaftlichen Industrie-
257 Boykott usbekischer Baumwolle durch etwa 300 Unternehmen orientieren. Falls ein Importverbot auf EU-
258 Ebene nicht durchsetzbar ist, fordern wir in jedem Fall eine nationale Haftung deutscher Unternehmen für
259 Verarbeitung von Baumwollprodukten aus

260 Xinjiang, die unter Missachtung von Menschenrechten produziert wurden. Eine

261 Regelungsmöglichkeit hierfür sehen wir Rahmen des aktuell geplanten Lieferkettengesetzes. Bei Baumwolle
262 aus Xinjiang muss die Beweislast bei den deutschen Unternehmen liegen, dass diese unter Einhaltung von
263 Menschenrechten produziert wurden. Können die Unternehmen dies nicht zweifelsfrei belegen, haften sie für
264 die Menschenrechtsverstöße.

265 Unterstützung der Entwicklung neuer Methoden zur Überprüfung der Lieferketten: Dies könnte neue Techno-
266 logien wie die Identifizierung von DNA-Merkmalen oder das Einnähen von Mikrochips in das Etikett umfassen,

- 267 die feststellen lassen, ob ein Baumwollprodukt Xinjiang-Baumwolle enthält, um so die Behauptungen der Lie-
268 feranten überprüfen zu können.
- 269 EU-Staaten sowie die EU selbst wirken auf eine umfassende Aufklärung der vermuteten Schwangerschaftskon-
270 trollen, erzwungenen Verhütungen, Zwangssterilisationen und Abtreibungen hunderttausender chinesischer
271 Frauen mit mehr als zwei Kindern ein.
- 272 Wir müssen die Hongkong-Frage so weit wie möglich internationalisieren, unsere Bemühungen mit denen
273 unserer Verbündeten abstimmen und dabei tonangebend bleiben und unsere Partner zu einer höheren Risi-
274 kotoleranz ermutigen.
- 275 Wir sollten uns für eine EU-Gesetzgebung einsetzen, die die Ernennung eines*einer
276 Sondergesandten*in für Hongkong vorschreibt, der*die dafür verantwortlich ist, die internationale Aufmerk-
277 samkeit für dieses Thema aufrechtzuerhalten und eine Gesetzgebung und Politik zu fördern, die dem Rückga-
278 bevertrags Hong Kongs im Bezug auf Menschenrechte und Demokratie entspricht.
- 279 Wir sollten uns auf die Durchführung gezielter Sanktionen vorbereiten und dabei mögliche Vergeltungsmaß-
280 nahmen gegen EU-Firmen bedenken.
- 281 Die Kommission und der Rat sollten sich mit Wirtschaftsvertreter*innen, Landwirtschaftsgruppen und EU-
282 Abgeordneten beraten, um Gegenmaßnahmen vorzubereiten und Peking damit unsere Ernsthaftigkeit zu de-
283 monstrieren.
- 284 Der EU-Staaten sollten koordiniert Notfallpläne für den Abzug von EU-Bürger*innen aus Hongkong vorzube-
285 reiten, für den Fall einer sich verschlechternden Sicherheitslage.
- 286 Die EU-Staaten sollte den Bürger*innen Hong Kongs neben Asyl die Möglichkeit der Einbürgerung eröff-
287 nen.
- 288 Da die Region ASEAN als ihr priorisiertes Instrument für kollektives Handeln begreift, sollte die EU mit dem
289 Verband eine strategische Partnerschaft auf der Basis der Selbstbestimmung, Achtung internationaler Normen
290 und Verwirklichung unveräußerlicher Menschenrechte schließen.
- 291 Die EU sollte durch Kooperation mit ASEAN den Austausch von Schüler*innen, Auszubildende und Studierende
292 verstärken und entsprechend fördern.
- 293 Von 2021-2022 wird es 15 Wahlen für die Leiter der UN-Sonderorganisationen und fünf für die Leiter der
294 wichtigsten UN-Organisationen geben. Die EU und ihre demokratischen Verbündeten, sollten nach Möglich-
295 keit gemeinsame Kandidierende nominieren. Denn angesichts des weltweit zunehmenden Autoritarismus und
296 Populismus können die EU-Staaten und ihre demokratischen Verbündeten es nicht riskieren, ein Machtvaku-
297 um zu schaffen, das Länder wie China füllen und stärkeren Einfluss auf fragile Länder und Entwicklungsländer
298 ausüben können.

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: